

Libérale Umweltpolitik in Bayern - Zum Schutz von Luft, Wasser und Erde

Kernpunkte

- Wir Freie Demokraten bekennen uns zum Ziel der Klimaneutralität bis 2050 und den Zielen des Pariser Übereinkommens, die Erderwärmung unter 2 Grad Celsius bzw. möglichst unter 1,5 Grad Celsius zu halten. Je früher wir diese Ziele einhalten, desto mehr Freiheiten genießen unsere nachfolgenden Generationen und desto mehr ist unserem Planeten geholfen.
- Eine Verbotspolitik hilft uns hierbei aber nicht weiter. Verbraucher und Staat sollten sich beim Klimaschutz am klimapolitischen Dreiklang der CO₂-Vermeidung, -Reduzierung und -Speicherung/Kompensierung orientieren.
- Wir setzen beim Klimaschutz aufgrund seiner besseren und umfassenderen Wirkung auf den Europäischen Emissionshandel. Eine harte CO₂-Begrenzung, die sich an den Klimazielen des Pariser Übereinkommens orientiert, ist wirksamer als jede kleinteilige Maßnahme des Staates.
- Entscheidend für die Abschwächung des Klimawandels sind neben den schon heute etablierten Industrienationen vor allem das Gebiet südlich der Sahelzone, Süd-Ost-Asien und andere aufstrebende Regionen. Um den Globalen Süden bei seinen Bemühungen um Klimaschutz und -anpassung zu unterstützen, muss der Freistaat seine Anstrengungen auf internationaler Bühne ausbauen und mehr Hilfestellung leisten.
- Auch für uns gilt: Follow the science! Daher fordern wir den raschen Aufbau einer Infrastruktur zur Speicherung und Nutzung von CO₂ (Carbon Capture and Use / Storage - CCUS) in Bayern und Deutschland, um nicht vermeidbare Prozessemissionen einzufangen, zu transportieren und sicher zu speichern. Sämtliche Klimaberichte zeigen uns auf, dass das 1,5 bzw. 2 Grad-Ziel ohne CCUS-Technologien nicht erreichbar sein wird. Der oben erwähnte klimapolitische Dreiklang besteht im letzten Schritt in der Speicherung bzw. Verwendung von nicht vermeidbaren Emissionen, die uns vor allem in der Industrie erhalten bleiben.
- Der Freistaat steht in der Pflicht, seine Bürgerinnen und Bürger vor den Auswirkungen des Klimawandels besser zu schützen. Daher muss er zum einen die Kommunen bei der Erstellung von Hitzeaktionsplänen unterstützen, zum anderen mehr kommunale Förderprogramme zur Umsetzung des Schwammstadtkonzeptes mit all seinen dezentralen Maßnahmen aufsetzen.
- Nicht nur die Politik, sondern auch die Gesellschaft an sich muss ein stärkeres Bewusstsein für die Gefahren des Klimawandels entwickeln. Hitzewellen und extreme Niederschläge werden uns in Zukunft mit materieller Zerstörung und körperlicher Belastung ungeahnten Ausmaßes konfrontieren. Daher soll eine Öffentlichkeitskampagne die Risikokultur der bayerischen Bevölkerung schärfen und auf eine Sensibilisierung für die Gefahren des Klimawandels hinwirken.

- Bayern muss sein Umsetzungsdefizit beim Gewässerschutz schnellstmöglich aufholen. Sei es die Einhaltung der Wasserrahmenrichtlinie, der Aufbau von Fernwasserversorgungsnetzen mit anderen Bundesländern oder ein besserer Schutz vor Stoffeinträgen durch den Einsatz einer vierten Reinigungsstufe bei Kläranlagen: Die jahrelange Vernachlässigung unserer wichtigsten Ressource darf sich nicht weiter fortsetzen.
- Zu den wichtigsten und wirksamsten Maßnahmen zur Verbesserung unserer Gewässer gehören die Renaturierung von Auen und der Einsatz für frei fließende Flüsse. Neben dem Effekt des natürlichen Hochwasserschutzes ist damit auch der Artenvielfalt und Biodiversität geholfen, da die Auen ein wichtiger, aber selten gewordener Rückzugsort für bedrohte Tierarten sind.
- Die Mittel für die notwendigen Maßnahmen sollen aus der raschen Einführung und effektiven Umsetzung des Wasserentnahmeentgelts kommen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Wassercent nicht im allgemeinen bayerischen Haushalt versickert, sondern möglichst 1:1 für Maßnahmen des Gewässerschutzes verwendet wird.

Einleitung

Nicht nur Statistiken zeigen uns die Folgen des Klimawandels – in Bayern wird es im Mittel heißer und trockener. Das zeigt sich drastisch in den bayerischen Wäldern, auf den Feldern und Weinbergen im Freistaat. Hitzeperioden und Starkregen mit Überschwemmungen nehmen nicht nur gefühlt zu. Wir Freie Demokraten sehen hierfür wesentlich den anthropogenen Klimawandel als Ursache und wollen nichts unversucht lassen, um den Temperaturanstieg abzumildern.

Dort, wo Menschen hungern, Wassermangel haben oder aufgrund sich verschlechternder Lebensbedingungen leiden, ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben nicht gegeben. Dies betrifft auch zukünftige Generationen, die für den aktuellen Verbrauch endlicher und unwiederbringlicher Ressourcen den Preis zahlen werden. Für uns Freie Demokraten ist es daher eine Frage der Chancengerechtigkeit, die ganze Bandbreite an effektiven und effizienten Werkzeugen einzusetzen, um das Pariser Übereinkommen einzuhalten und die Erwärmung unseres Planeten auf ein Minimum zu begrenzen. Wir bekennen uns daher zu den Zielen des Pariser Übereinkommens und dessen Ziel zur Klimaneutralität bis 2050.

Grenzen und Kontinente dürfen im Kampf gegen den Klimawandel keine Rolle spielen – was zählt, ist die effiziente Einsparung, bestmöglich mit Verbesserung der Lebensqualität der Menschen vor Ort. Aber auch in Bayern müssen wir Anpassungen in unseren Städten und Gemeinden an den Klimawandel vornehmen, um unsere Heimat weiterhin lebenswert zu halten. Neben der Temperatur spielt zudem der Schutz der Ressource Wasser eine große Rolle. Diese gilt es zu schützen und behutsam zu nutzen, damit sowohl kommende Generationen als auch unsere Tier- und Pflanzenwelt unsere Gewässer genießen können.

Dieses Ziel wollen wir mit einem internationalen, innovativen und marktwirtschaftlich ausgerichteten Klimaschutz erreichen:

Klimaschutz

Das Klima kennt keine Grenzen, daher sind Klimaschutzmaßnahmen auf europäischer Ebene wie der „Green Deal“ oder das „Fit-for-55-Paket“ nationalen Alleingängen und Prestigeobjekten vorzuziehen. Carbon Leakage ist ein Nullsummenspiel für das Klima: Strenge lokale Regelungen helfen wenig, wenn wenige Kilometer jenseits

der Grenze laxere Umweltstandards gelten. Emissionsreduktionen der meisten Sektoren lassen sich am besten und kostengünstigsten mit dem europäischen Emissionshandelssystemen (EU-ETS) erreichen. Wir begrüßen daher die Ausweitung des EU-ETS auf weitere Sektoren und fordern nachdrücklich, dieses bewährte und funktionierende System stärker zu nutzen und nicht durch die Einführung nationaler und länderspezifischer Einzelmaßnahmen zu konterkarieren. Die Menge an verbrauchbarem CO₂ wird jährlich reduziert, der Ausstoß marktwirtschaftlich reguliert. Viele Firmen reduzieren bereits heute ihren CO₂-Ausstoß mit unterschiedlichen Methoden, die Politik muss hierbei das Ziel und den Rahmen festsetzen, innerhalb dem sich Unternehmen bewegen können, und nicht den Weg vorgeben.

Neben gemeinsamen europäischen und nationalen Lösungen sollte Bayern auf die Förderung und Entwicklung innovativer Ansätze im Klimaschutz wie Carbon Capture and Use / Storage - Technologien (CCUS) zielen, Forschungsinitiativen für die zur Erreichung der Klimaneutralität notwendigen technischen Lösungen fördern und Ressourcen bereitstellen. U.a. der Weltklimarat (IPCC) sowie die Internationale Energie Agentur (IAE) betonen mittlerweile, dass die Pariser Klimaziele ohne CCUS-Technologien nicht einzuhalten sind. Notwendig hierfür sind Mittel für bayerischen Forschungsgeist anstatt einer teuren, bürokratischen und ineffektiven Symbolpolitik. Diese CCUS-Technologien müssen spätestens in den 2030er Jahren in der Lage sein, unvermeidbare Prozessemissionen der (Grundstoff-) Industrie herauszufiltern und das "eingefangene" CO₂ entweder unterirdisch zu speichern (Carbon Capture and Storage) oder aber für weitere Industrieprozesse zu nutzen (Carbon Capture and Use), etwa für die Herstellung von synthetischen Kraftstoffen. Auch der direkte Entzug von CO₂ aus der Umgebungsluft ist dabei realisierbar (sog. Direct Air Capture).

Sowohl der Staat als auch die Bevölkerung müssen sich anstelle einer rigiden Verbotspolitik am klimapolitischen Dreiklang der CO₂-Vermeidung, -Reduzierung und -Speicherung/Kompensierung orientieren. Die durch die Corona-Pandemie erzwungene Digitalisierung hat uns gezeigt, dass nicht jede Dienstreise notwendig sein muss. Gerade digitale Lösungen können uns in Zukunft bei der Vermeidung und Reduzierung von Emissionen helfen und uns gleichzeitig das Leben erleichtern. Die Staatsregierung sollte darauf aufbauend eine Vorbildfunktion für ihre Verwaltung einnehmen und realistische Zielsetzungen für die eigenen Klimaziele ausgeben, anstatt unerfüllbare Versprechen zu geben. Außerdem sollte sie im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz an den für sie möglichen Stellschrauben für effektiven Klimaschutz drehen, wie z. B. in der Bauordnung, der Landesplanung oder im Kommunalrecht.

Die engstirnige Fokussierung auf bayerische oder deutsche Maßnahmen hilft weder dem Klima noch den Menschen vor Ort. Allein in Asien sind in nur fünf Ländern über 600 Kohlekraftwerke in Planung oder im Bau^[1] (see page 0) Bayern muss beim Klimaschutz über seine Landesgrenzen blicken und seine Partner im Globalen Süden bei der Transformation ihrer Energiesysteme sowie bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels unterstützen. Obwohl sie bisher relativ wenig zur Erwärmung des Planeten beigetragen haben, werden Entwicklungs- und Schwellenländer mit einem Großteil der Klimawandelfolgen konfrontiert. Bereits heute stehen bayerische Kommunen weltweit im Austausch mit Partnerkommunen. Diese Partnerschaften können ein Katalysator für den Austausch von fachlichem Wissen und auch Impuls für die wirtschaftliche Entwicklung sein, damit vor Ort der Klimaschutz, aber auch die Klimafolgenanpassungen verbessert werden. So könnte z. B. das bayerische Afrikabüro in Addis Abeba fachliche Zusammenarbeit initiieren und Vermittlungshilfe leisten bzw. als Koordinierungsstelle für Projekte dienen.

Unser Ziel ist die Bereitstellung von Technologien & Werkzeugen und die marktwirtschaftlich effizienteste Reduzierung von CO₂-Ausstoß global, bei möglichst gleichzeitiger Verbesserung der Lebensqualität in Entwicklungs- und Schwellenländern. Wir fordern daher:

- Die Förderung und Entwicklung von CCUS-Technologien in Bayern. Der Freistaat muss seine technologische und wissenschaftliche Exzellenz dafür nutzen, die Klimaerwärmung mit Innovationen zu begrenzen.

- Die Vorbereitung notwendiger Infrastrukturen und die Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die CO₂-Abscheidung und dessen Einlagerung bzw. Wiederverwertung.
- Eine Weiterentwicklung bilateraler und kommunaler Klimapartnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern. Ziel muss zum einen die Etablierung erneuerbarer Energien sowie entsprechender Infrastrukturen sein, zum anderen sollten Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel im Fokus stehen.

[1](see page 0) Siehe: Carbon Tracker analysis: Do Not Revive Coal. Planned Asia coal plants a danger to Paris. S. 9

Klimaanpassung

Die Folgen des Klimawandels treffen uns bereits heute: Trotz bisheriger Einsparungsversuche in Deutschland und Europa ist das Klima im globalen Mittel bereits um ca. 1 Grad Celsius wärmer geworden. Neben der Reduzierung der globalen Treibhausemissionen ist es daher unerlässlich, dass wir lernen, mit den Auswirkungen des Klimawandels zu leben und uns auf die Folgen bestmöglich vorzubereiten. Im globalen Klima-Risiko-Index lag Deutschland 2018 nach Japan und den Philippinen auf Platz 3, hauptsächlich wegen der extremen Hitzewelle mit Hitzetoten sowie Ernteschäden und -ausfällen für die Landwirtschaft. Unser Land ist auch durch andere Wetterextreme stark gefährdet, wie die Hochwasser- und Sturzflutereignisse im Juli dieses Jahres gezeigt haben. Aktuelle Studien belegen, dass extreme Niederschläge in Bayern im Vergleich zum Zeitraum 1961 bis 2000 ab den 2060er Jahren zwei- bis viermal so häufig vorkommen werden. Es wird nicht möglich sein, solche Ereignisse zu verhindern, aber der Staat muss sich und die Bürgerinnen und Bürger bestmöglich vorbereiten und schützen. Die Anstrengungen des Freistaats und der Kommunen dürfen jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass bei Hochwasserereignissen auch eine gewisse Eigenvorsorge und -initiative der Immobilienbesitzer notwendig ist. Da der Staat nicht für jeden Schaden aufkommen kann, müssen (Elementarschadens-) Versicherungen in Zukunft eine größere Rolle bei der Vorsorge spielen, aber auch steuerliche Begünstigungen für Unternehmen bei der Bildung von Reserven sind eine Möglichkeit.

Insbesondere lokale Starkregenereignisse und Hitzewellen sind hierbei problematisch. Langanhaltende Hitzeperioden werden uns zukünftig öfter betreffen. In unseren Kommunen müssen wir daher eine entsprechende Infrastruktur zur Wasserversorgung und zusätzlichen Kühlung der Innenstädte sowie Schattenplätze schaffen. Darüber hinaus müssen (soziale) Einrichtungen wie Krankenhäuser, Pflegeheime oder auch Kindergärten an die neuen klimatischen Zustände angepasst werden. Neben baulichen Maßnahmen beinhaltet dies vor allem die Sensibilisierung und Schulung der Belegschaft, um die zu betreuenden Personen bei Temperaturen von über 30 Grad zu schützen. Kommunen sind in Zusammenarbeit mit den Einrichtungen angehalten, jeweils angepasste Hitzeaktionspläne zu erstellen. Für die konkrete Umsetzung des Schutzes vor Hitzewellen muss der Freistaat Mittel und Förderprogramme im Haushalt bereitstellen.

Aktuell wird Niederschlagswasser schnell in die Kanalisation abgeleitet, welches dann in Trockenperioden wiederum fehlt. Deswegen muss das Schwammstadtkonzept in möglichst vielen Städten und Gemeinden Bayerns zeitnah umgesetzt werden. So helfen zum Beispiel multifunktionale Rückhalteflächen, dezentrale Versickerungsmöglichkeiten, (Gebäude-) Begrünungen in der Stadt oder die Reaktivierung von alten Fließgewässern dabei, hohe Niederschlagsmengen aufzufangen, zu halten und sukzessive wieder in den natürlichen Wasserkreislauf zurückzugeben. Die Maßnahmen sollen mit zu entwickelnden Starkregenrisikokarten abgestimmt und nach der größtmöglichen Schutzwirkung installiert werden. Die Vermeidung und Reduzierung von Abflüssen entlang versiegelter Flächen durch dezentrale Lösungen müssen dabei Vorrang haben. Zudem tritt bei der dezentralen Versickerung an städtischen Bepflanzungen in

unmittelbarer Nähe ein Kühlungseffekt ein, der bei Hitze- und Trockenperioden das urbane Leben angenehmer gestalten kann. Zur effizienteren Flächengewinnung in den Städten müssen auch brachliegende Altlasten in den Blick genommen werden. Die Staatsregierung muss hierbei die Kommunen bei ihren Anstrengungen zur Sanierung dieser Flächen unterstützen, so z. B. durch breit aufgestellte Förderprogramme und Beratungsangebote oder rechtliche Unterstützung bei Streitigkeiten mit den ehemaligen Eigentümern der Flächen.

Der Freistaat Bayern muss jetzt die Kommunen bei den notwendigen Präventions- und Nachhaltigkeitsinvestitionen in Millionenhöhe unterstützen und Resilienz schaffen. Unser Ziel ist der Schutz von Menschen und die Erhaltung der Lebensqualität auch bei extremen Wetterereignissen. Wir fordern daher:

- Die Aufstellung kommunaler Hitzeaktionspläne zur Abmilderung akuter Hitzewellen. Kommunen sollen bei der Erstellung der Pläne und Durchsetzung von Maßnahmen gefördert und unterstützt werden, um ihre vulnerablen Gruppen zu schützen.
- Die Umsetzung des Schwammstadtkonzeptes in den bayerischen Kommunen. Hierfür müssen mehr Mittel im Haushalt bereitgestellt und ein ganzheitliches Programm für die verschiedenen Maßnahmen aufgestellt werden. Dezentrale Maßnahmen zur Versickerung von Regenwasser, aber auch dessen Speicherung und Nutzung müssen zukünftig bei der Stadtplanung vermehrt in den Blick genommen werden.
- Die Forschung für Starkregenerereignisse auszubauen: Die schwierige Vorhersage von Starkregen steckt noch in den Kinderschuhen, ist mit zunehmender Innovation und steigender Rechenleistung aber grundsätzlich möglich. Perspektivisch sollen diese Vorhersagen auch in das Risikomanagement der Behörden einbezogen werden. Zusätzlich sollen analog zu den bereits verfügbaren Hochwassergefahrenkarten flächendeckend Starkregenrisikokarten für Bayern erstellt und öffentlich zugänglich gemacht werden.
- Eine Öffentlichkeitskampagne zur Sensibilisierung für die Gefahren des Klimawandels. Die Wetterextreme der Zukunft und deren Auswirkungen sind für uns in Mittel- und Westeuropa gänzlich unbekannt, daher muss sich die Risikokultur der Bevölkerung ändern. Sobald die Behörden eine amtliche Warnung herausgeben, muss diese ernst genommen und entsprechend danach gehandelt werden.

Gewässerschutz

Über 2,2 Milliarden Menschen haben laut UNICEF keinen regelmäßigen Zugang zu sauberem und sicherem Trinkwasser. Zwar gibt es gegenwärtig nur punktuelle Wasserknappheit in Bayern, dennoch erreichen die sommerlichen Nachfragespitzen der Haushalte die Leistungsspitzen der Wasserversorger. Wasser ist eine wertvolle Ressource, welche in Zukunft auch in Bayern knapper sein wird. Dies gilt nicht nur für Haushalte, sondern auch für die Böden im Norden von Bayern – die ergiebigen Niederschläge in diesem Jahr können die Defizite der vergangenen Jahre nicht aufholen. Aufgrund des Klimawandels wird es zudem seltener, aber heftiger regnen.

Auch wenn Bayern sein global vernetztes Engagement zur Reduktion von CO₂ endlich ausbaut, wird es nicht mehr möglich sein, Trockenphasen zu beeinflussen oder nachhaltigen Niederschlag herbeizuführen. Der Freistaat muss sich an die Umstände anpassen und Wasser für Mensch und Umwelt sichern. Die Nachfrage nach sauberem Trink- und Nutzwasser muss durch ein nachhaltiges Angebot gesichert werden. Die Nationale

Wasserstrategie setzt hier an, die aktuelle Umsetzung, gerade in Bayern, weist aber noch ein deutliches Defizit in Sachen Gewässerschutz auf.

Dieser Mangel muss in den nächsten Jahren behoben werden, um die Tier- und Pflanzenwelt zu schützen und nachfolgenden Generationen den sorgsam, aber selbstverständlichen Zugang zu Wasser und die Nutzung von Gewässern zu ermöglichen. Der Freistaat Bayern muss verstärkt und eng mit Bund und umliegenden Bundesländern zusammenarbeiten und u.a. neue Wasserinfrastrukturen aufbauen, bestehende wiederherstellen, Stoffeinträge begrenzen und mindern sowie die nachhaltige Gewässerbewirtschaftung weiterentwickeln. Die Finanzierung dieser Maßnahmen soll durch das angekündigte bayerische Wasserentnahmeentgelt erfolgen, welches adäquat und zügig eingeführt werden soll. So kann wieder Schwung in die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie kommen.

Die Flutkatastrophen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, aber auch in Bayern (z. B. Simbach am Inn, Mittelgebirgstäler) haben uns sehr schmerzlich daran erinnert, dass auch kleine Bäche und Nebenflüsse eine zerstörerische und tödliche Kraft entfalten können. Nachdem der Hochwasserschutz entlang der Donau endlich geregelt ist, müssen wir uns dem Hochwasserschutz entlang der Zuflüsse von Donau und Main widmen und Schutzmaßnahmen etablieren. Steigenden Fluss- und Bachpegeln wollen wir mit naturnahen Vorhaben wie frei fließenden Flüssen, Renaturierungen von Auen und Deichrückverlegungen begegnen. Erhalt und Aufbau natürlicher Rückhalteflächen schützen vor großflächigen Überschwemmungen, bieten einen Rückzugsort für Flora und Fauna und tragen so zum Schutz und Erhalt der Biodiversität und Artenvielfalt in den renaturierten Gebieten bei. Unser Ziel ist es, dass die Bevölkerung sicher und nachhaltig auf die wertvolle Ressource Wasser zugreifen kann und gleichzeitig vor Überschwemmungen geschützt ist. Daher fordern wir:

- Die Umsetzung der Ziele der Nationalen Wasserstrategie: Bayern muss zusammen mit seinen Kommunen, aber auch mit den Nachbarbundesländern schnellstmöglich an einem Fernwasserversorgungsnetz arbeiten, damit trockene Regionen Bayerns rechtzeitig gegen Hitze und Trockenheit gewappnet sind.
- Die zügige Einführung und Umsetzung eines Wasserentnahmeentgeltes, welches das Umsetzungsdefizit beim Gewässerschutz und der Wasserrahmenrichtlinie beheben soll. Der Wassercent darf nicht im allgemeinen Haushalt versickern!
- Die Renaturierung von Auen und den Ausbau des natürlichen Hochwasserschutzes. Vor allem in der Fläche dienen frei fließende Flüsse und renaturierte Auenlandschaften sowohl uns Menschen als Hochwasserschutz und Rückhalteflächen als auch der Tier- und Pflanzenwelt als Rückzugsort und einzigartiges Habitat.
- Den Ausbau der vierten Reinigungsstufe bei Kläranlagen. Trotz der aktuellen Reinigungsleistung unserer Kläranlagen können Spurenstoffe und Mikroverunreinigungen immer noch unsere Gewässer belasten. Die vierte Reinigungsstufe ist neben der Vermeidung von Stoffeinträgen eine wirksame technologische Lösung, damit unser Wasser möglichst unbelastet bleibt.

Boden- und Hochwasserschutz

Die bayerische Landwirtschaft schafft und erhält einen großen Teil der Kulturlandschaft im Freistaat. Agrarpolitik und ländliche Strukturpolitik sind daher in Bayern untrennbar miteinander verbunden. Die Auswirkungen des Klimawandels beeinflussen zum großen Teil die über 100.000 landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern, deren wirtschaftlichen Flächen gleichzeitig Lebensraum für eine Vielzahl von Arten sind. Zentrales

Instrument sowohl zur Verbesserung des Hochwasserschutzes als auch zum Erhalt und zur Förderung der Artenvielfalt ist die Struktur der Landschaft. Die Landwirtschaft hat daher im Umweltbereich eine besondere Bedeutung, denn die Auswirkungen des Klimawandels werden hier schnell sichtbar. Zugleich stehen viele Landwirte beim aktiven Klimaschutz an vorderster Front. Dieser Einsatz für die Umwelt muss gesellschaftlich und finanziell honoriert werden.

Ein landschaftliches Mosaik aus natürlichen Lebensräumen und kleinräumiger sowie vielfältiger Anbaufläche ist laut einer aktuellen Studie der Universität Göttingen sowohl in der konventionellen als auch in der ökologischen Landwirtschaft der Schlüssel, um Artenvielfalt großflächig zu fördern. Diese Landschaftsmaßnahmen helfen nicht nur der Flora und Fauna, sondern dienen gleichzeitig auch dem landwirtschaftlichen Boden- und Gewässerschutz, sowie dem Hochwasserschutz in der Fläche. Auch im Flurneuordnungsverfahren im Rahmen der ländlichen Strukturpolitik wird der Schwerpunkt auf den Aufbau von Biotopverbundsystemen und ökologischen Hochwasserschutzmaßnahmen gelegt. Hier geht es nicht um einen rein technischen Hochwasserschutz, sondern um Maßnahmen zum Wasserrückhalt in der Fläche, um z.B. Bodenabtrag bei Starkregenereignissen zu vermeiden.

Die Nationale Wasserstrategie des Bundesumweltministeriums verlangt von der Landwirtschaft eine nachhaltige Bewirtschaftung, u.a. durch die Umgestaltung der Be- und Entwässerung von landwirtschaftlichen Flächen und Maßnahmen zur Vermeidung von Erosion bei Starkniederschlägen oder Hochwasser. Durch den Einsatz innovativer Technologien bei der sog. Präzisionslandwirtschaft oder durch die teilflächenspezifische Bewirtschaftung können Pflanzenschutz- und Düngemittel sparsamer und somit schonender für Gewässer und Umwelt eingesetzt werden.

Die Qualität des Bodens ist nicht nur entscheidend für die Qualität des Anbaus, sondern gleichzeitig auch Grundlage für die Artenvielfalt auf den Feldern und den Schutz vor Erosion. In über 100 Projektgebieten der Initiative boden:ständig engagieren sich Kommunen und Landwirte mit fachlicher und organisatorischer Begleitung durch die Ämter für Ländliche Entwicklung für die Verbesserung des Wasserhaushaltes von bayerischen Böden. Kernelement der Initiative ist die Freiwilligkeit, zusätzlich fließen Ideen und Vorschläge aller Beteiligten, also Wissenschaft, Kommunen, Naturschutzbehörden und den Praktikern in der Landwirtschaft in das boden:ständig-Konzept ein. Dieses beinhaltet u.a. produktionstechnische Maßnahmen wie Zwischenfruchtanbau, nachhaltige Humuswirtschaft, landschaftsgestaltende Maßnahmen wie Rückhaltemulden, Pufferstreifen an Bächen und gewässerbezogene Maßnahmen wie Bachrenaturierung und Bachauenentwicklung.

Seit jeher ist der Boden für Mensch und Natur als Nahrungsquelle und Lebensraum von großer Bedeutung. Seine Qualität ist auch ein Gradmesser für den Zustand der Umwelt am jeweiligen Ort. Als Puffer von Starkregenereignissen und Trockenperioden ist der Zustand des Bodens aber auch systemisch relevant. Daher fordern wir:

- Verstärkung der Initiative boden:ständig: ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung
- zur effizienteren Umsetzung erfolgt die Zusammenführung der Maßnahmen in einem Ministerium für Landwirtschafts- und Ländliche Strukturpolitik
- den Ausbau der Forschung an der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft in Ruhstorf an der Rott zu klimaresilienten Pflanzenbausystemen für kleinstrukturierte Agrarregionen